



Anschrift

Landesgeschäftsstelle

Schopenhauerstraße 21
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 43-0
Telefax (05 11) 5 30 43-29
E-Mail info@ljn.de
Internet www.ljn.de

Datum: 06. Mai 2024

Europawahl 2024: Wahlprüfsteine des Deutschen Jagdverbandes

Anrede,

im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament hat der Deutsche Jagdverband e.V. (DJV) Wahlprüfsteine an alle relevanten politischen Parteien versandt. Da etwa 80 Prozent der politischen Entscheidungen, die in EU-Ländern die Jagd beeinflussen in Brüssel getroffen werden, sind diese Wahlprüfsteine für alle Jägerinnen und Jäger von besonderer Bedeutung - auch und gerade in Niedersachsen – nach NRW dem Bundesland, mit den meisten organisierten Jägerinnen und Jägern unter dem Dach des DJV.

Im Regelfall bestätigen solche Wahlprüfsteine die Grundsatzpositionen der jeweiligen politischen Parteien zu dem entsprechend abgefragten Themenbereich. Was allerdings nun in diesem konkreten Fall im Namen der SPD an Antworten zu den Fragestellungen formuliert wurde, geht darüber weit hinaus. Insbesondere die Antworten auf die Fragen 1 und 2, erzeugen unter den über 60.000 organisierten Jägerinnen und Jägern in Niedersachsen, Fassungslosigkeit und blankes Entsetzen! Mit den Antworten auf diese beiden Fragen allein, hat die deutsche und explizit die niedersächsische Sozialdemokratie unter Beweis gestellt, dass alle Aussagen in Koalitionsverträgen zum Thema Wolf (im Bund wie in Niedersachsen), aber auch zum Thema Erhalt der Artenvielfalt, nichts weiter sind als durchschaubare Lippenbekenntnisse und „Verleitfährten“. Zeugen sie beim Thema Wolf schon von einer beängstigenden Naivität gegenüber den Sorgen und Nöten im ländlichen Raum, kann man beim Thema Fallen- und Baujagd wohl nur noch Ignoranz und Anbiederung an eine kleine Gruppe von lautstarken Jagdgegnern und Tierrechtlern attestieren.

Ausweislich der Antworten zum Wolf müssen wir feststellen, dass die Mitglieder der Sozialdemokratie Deutschlands nicht verstanden haben, dass der Küstenschutz in der bisherigen Qualität mit dieser Betrachtungsweise nicht aufrechtzuerhalten ist und dass der gesellschaftliche Frieden im ländlichen Raum bei einer der höchsten Wolfsdichten weltweit jeden Tag aufs Neue auf die Probe gestellt wird. An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Antwort zur Frage 1 der Beschlusslage der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom Oktober 2023 diametral entgegensteht, was wiederum Fragen in Bezug von Glaubwürdigkeit und dem Funktionieren unseres föderalen Staatswesens aufwirft.


Zudem wird deutlich, dass sich die SPD von ihrem eigenen Ziel, der Einführung eines „regional differenzierten Bestandsmanagement“, im Koalitionsvertrag auf Bundes- und auf Landesebene verabschiedet hat. Was für eine Missachtung des Willens und der Nöte ihrer Wählerinnen und Wähler im ländlichen Raum.

Noch schlimmer gerät die Antwort auf die Frage 2 zum Einsatz von Fallen: Die dort getroffene pauschale und undifferenzierte Ablehnung der Fallen- und Baujagd in Gänze, ist nicht nur von Unkenntnis und Vorurteilen geprägt, sie widerspricht auch den Erkenntnissen vieler erfolgreicher Projekte zum Schutz von Bodenbrütern und Wiesenvögeln, für die das Land Niedersachsen eine besondere Verantwortung trägt. Sie ist ein Schlag in Gesicht der niedersächsischen Jägerinnen und Jäger, die sich ehrenamtlich und unter Aufwendung eigener, nicht unerheblicher finanzieller Mittel für den Schutz bedrohter Arten engagieren. In diesem Zusammenhang ist den Antwortgebern offensichtlich auch die Gefährdung des Küstenschutzes durch die Nutria – immerhin sind hiervon 1,1 Mio. Niedersachsen auf 14 % der Landesfläche betroffen – vollkommen gleichgültig: Wäre es ihnen nicht, hätten sie wissen müssen, dass es politische Entscheidungsträger im Niedersächsischen Landtags waren, die einen zentralen Punkt des Tierschutzes und des Jagdrechts – den Elterntierschutz – aufgehoben haben aufgrund der Gefährdungslage. Die zugewanderte Art Nutria mit ihrem exponentiellen Wachstum bedroht schon jetzt den Deichschutz und die Deichsicherheit elementar. Das in einem solchen Zusammenhang nun ausgerechnet den Jägern eine mangelnde Berücksichtigung von Tierschutz vorgehalten wird, ist aus unserer Sicht eine beispiellose Entgleisung, die an Perfidität nicht zu überbieten ist. All dies zeigt uns, dass alle wohlfeilen Grußworte anlässlich von Jägertagen über einen „Showcharakter“ offensichtlich leider nicht hinausgehen. Wir erwarten daher von den Mitgliedern der SPD Niedersachsen eine Richtigstellung zu diesen Punkten, die an Klarheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglässt! Insbesondere empfehlen wir, in diese Richtigstellung den aus Niedersachsen stammenden Bundesvorsitzenden und den für diesen Fachbereich aus Hannover stammenden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion mit einzubeziehen.

Ihrer Antwort sehen wir mit Interesse entgegen. Ein solche im Tenor „die in Europa/ die in Berlin“ sind verantwortlich wird keinesfalls ausreichen, um den entstandenen Vertrauensverlust wiederherzustellen.



Helmut Dammann-Tamke
(LJN-Präsident)
Bezirk Stade



Josef Schrör
(Stellv. LJN-Präsident)
Bezirk Osnabrück-Emsland



Helmut Blauth
(Stellv. LJN-Präsident)
Bezirk Oldenburger-Land, Ostfriesland



Ralf Eickhoff
(Stellv. LJN-Präsident)
Bezirk Hannover



Ernst-Dieter Meinecke
(Stellv. LJN-Präsident)
Bezirke Braunschweig, Lüneburger Heide

Verteiler:

Niedersächsische SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und im Niedersächsischen Landtag, sowie SPD-Landräte